PB.L-01-769-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Jessica Haby (KV Halle)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 768 bis 770 einfügen:
Bundestierschutzbeauftragte*r sollen Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen, die für den Tierschutz zuständigen Behörden kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden. Damit das Verbandsklagerecht bestmöglich genutzt werden kann, müssen Verwaltungsakte, wie im Umweltschutz auch, öffentlich einsehbar werden. Auch behördliche Kontrollen im Sinne einer tierschutzrechtlichen Genehmigungspflicht sind nötig - wie kann es sein, dass, durch den Denkmalschutz im Baurecht, tote Gemäuer besser geschützt sind als Tiere, deren rechtliche Belange unter "Sonstiges" fallen, und nicht zwingend behördlich sicherzustellen sind. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen gehört nicht mehr in unsere Zeit. Den Online-Handel mit

Begründung

Das **Verbandsklagerecht** ermöglicht es gegen Verstöße im Tierschutzrecht zu klagen.

Die **Veröffentlichungspflicht** macht die Entscheidungsprozesse transparent.

Die **tierschutzrechtliche Genehmigung** (ähnlich der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung) stellt eine verpflichtende behördliche Überprüfung sicher.

1. Die Auswirkungen der Massentierhaltung auf das Klima sind wichtige Stellschrauben im Klimaschutz. So sind Nutztiere für 14,5 % der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich.
2. Die Forderung nach mehr Tierschutz ist Wille der demokratischen Mehrheit - so sehen in einer repräsentativen Umfrage 68 % der Befragten die Politik in der Verantwortung, eine artgerechte Tierhaltung durchzusetzen. 85 % sind auch bereit, dafür mehr zu zahlen.
3. Die Entstehung, Verbreitung oder auch Mutation von zoonotischen Epidemien in der Massentierhaltung und deren verheerende Folgen sind in Zeiten einer Pandemie besonders hervorzuheben.
4. Nur dort wo mehr Kontrollen stattfinden, können gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter:innen der Fleischindustrie gewährleistet werden.
5. Die präventive und flächendeckende Gabe von Antibiotika führt vermehrt zu Resistenzen, die sich auf den Menschen übertragen. Damit einher gehen reale gesundheitliche und finanzielle Konsequenzen.

All das sind große Herausforderungen, denen wir nur mit einer besseren Tierhaltung und deren konsequenter Kontrolle begegnen können.

Wir setzen Tierwohl und Klimaschutz an erste Stelle, nicht den Profit auf Kosten der Gesellschaft

weitere Antragsteller*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Thorben Thieme (KV Neuwied); Insa Warms-Cangalovic (KV Bremen LdW); Isabell Christin Welle (KV Jena); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Andreas Winkler (KV Bremen-Nordost); Fabian Taute (KV Bremen LdW); Karoline Jobst (KV Saale-Orla); Lucas Christoffer (KV Mainz); Lisa Stöffgen (KV Saalekreis); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Thomas Schön (KV Saalekreis); Sandra Gerbert (KV Main-Kinzig); Pia Willmy (KV Saalekreis); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Victoria Constanze Schmidt (KV Saalekreis); René Grasse (KV Salzland); Maximilian Knut Kiesel (KV Main-Kinzig); Anna Kaleri (KV Leipzig); Victoria Troka (KV Saalekreis); Steffen Butthoff (KV Saalekreis)